

Niederschrift

über die 9. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Soziales, Sport und Kultur der Stadt Geilenkirchen am Mittwoch, dem 25.05.2022, 17:00 Uhr in der Turnhalle der KGS Würm

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1. Begehung der KGS Würm
Vorlage: 2537/2022
2. Vorstellung der designierten künftigen Schulleiterin der Kath. Grundschule Immendorf
Vorlage: 2538/2022
3. Bericht über das Aufnahmeverfahren der weiterführenden städtischen Schulen nach Abschluss des Anmeldeverfahren
Vorlage: 2539/2022
4. Vorbereitung der Umsetzung des Schulentwicklungsplans
Vorlage: 2540/2022
5. Durchführung eines kommunalpolitischen Praktikums
Vorlage: 2534/2022
6. Politische Partizipation und demokratische Mitbestimmung für Kinder und Jugendliche - Erstellung eines Konzeptes zur Einführung eines Kinder- und Jugendparlamentes in Geilenkirchen als wichtige Bildungsaufgabe
Vorlage: 2533/2022
7. Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

8. Anfragen

Anwesend waren:

Vorsitzender

1. Herr Hans-Jürgen Benden

Mitglieder

2. Herr Daniel Bani-Shoraka
3. Frau Karola Brandt
4. Herr Christoph Grundmann

5. Frau Judith Jung-Deckers
6. Herr Mario Karner
7. Herr Bernhard Kozikowski
8. Frau Pfarrerin Anne Lungová
9. Frau Ruth Thelen

Beratendes Mitglied gemäß § 58 GO

10. Herr Sebastian Stasch

Stellvertretendes Mitglied

11. Herr Karl-Peter Conrads in Vertretung für Herrn Lars Speuser
12. Herr Wilfried Kleinen in Vertretung für Frau Pauline Kleinen
13. Herr Raimund Tartler in Vertretung für Herrn Max Weiler

Sachkundiger Einwohner

14. Herr Heinz Pütz

Sachkundige/r Bürger/in

15. Frau Sabine Bock
16. Frau Toska Frohn
17. Frau Elena Gerads
18. Herr Dr. Armin Leon Vertretung für Herrn Norwin Sommerfeld
19. Herr Frank Paulus
20. Frau Melanie Savelsberg
21. Herr Jörg Stamm Vertretung für Herrn Markus Diederer

von der Verwaltung

22. Frau Bürgermeisterin Daniela Ritzerfeld
23. Herr Erster Beigeordneter Herbert Brunen
24. Herr Wilfried Schulz
25. Frau Anja Wallbaum

Protokollführerin

26. Frau Irmtrud Penners

Ausschussvorsitzender Benden eröffnete um 17:04 Uhr die Sitzung und begrüßte die Anwesenden, insbesondere die kommissarische Leiterin der KGS Würm, Frau Candego. Sodann stellte er die ordnungsgemäße Einladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

I. Öffentlicher Teil

TOP 1 **Begehung der KGS Würm** **Vorlage: 2537/2022**

Unter Bezugnahme auf den Schulentwicklungsplan verwies Ausschussvorsitzender Benden darauf, dass an einigen Grundschulen im Stadtgebiet noch ein großer, baulicher Nachholbedarf bestehe. Er halte es für wichtig, sich vor Ort ein Bild zu machen. Um nach der Besichtigung den Ausschussmitgliedern Zeit zu sparen, habe er den Sitzungsort für die restliche Sitzung in die Turnhalle der KGS Würm legen lassen. Evtl. sei zu überlegen, künftig für

die Sitzung nur Stühle bereitstellen zu lassen, um den Aufwand für die Hausmeister zu minimieren. Dies führe man in anderen Kommunen auch so aus.

Anschließend führte die komm. Schulleitern, Frau Candeago, durch die übrigen Räumlichkeiten der KGS Würm. Dabei beantwortete sie Fragen vor Ort.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung in der Turnhalle bat Frau Savelsberg, künftig den Beginn der Sitzung eine Stunde später festzulegen. Sie selbst reise von ihrem Dienstort in Aachen an und sei gezwungen Dienstfrei zu nehmen, um so früh wie heute am Sitzungsort erscheinen zu können.

Frau Thelen erkundigte sich bei Frau Candeago, wo der dringendste Handlungsbedarf bestehe, um die räumliche Situation an der KGS Würm zu verbessern. Frau Candeago antwortete, Küche und Mensa seien zu klein. Man versuche die Situation zu entschärfen, indem die Kinder in drei Gruppen die Mittagsmahlzeit einnehmen würden. Es fehle ein Materialraum und es gäbe nicht mal einen kleinen Raum für den Hausmeister. Auf die entsprechende Frage von Frau Thelen antwortete Frau Candeago an der KGS seien zwischen 85 und 90 Kinder beschult. Voraussichtlich würden im neuen Schuljahr über 50 Kinder über Mittag bleiben.

Herr Benden erwähnte, dass laut dem Schulentwicklungsplan mehrere Schulen einen erheblichen Nachholbedarf hinsichtlich der Räumlichkeiten hätten. Er richtete an Frau Candeago die Frage, ob sie ihre Schule im Schulentwicklungsplan wiederfinde. Frau Candeago bejahte dies. Frau Wallbaum wies darauf hin, dass vor der Erstellung des Schulentwicklungsplan Gespräche mit den Schulleitern stattgefunden hätten.

Auf die entsprechende Frage Herrn Bani-Shorakas bestätigte Frau Candeago, dass die Toilette im Schulhof die einzige an der Schule sei. Es wäre sicher schöner, wenn man für die Kinder auch eine innen liegende Toilette zur Verfügung hätte. Um die Situation, insbesondere während der Pandemie, zu entschärfen, hätten die Lehrer versucht, die Kinder einzeln zur Toilette zu schicken.

Ausschussvorsitzender Benden regte an, für die Einnahme der Mittagsmahlzeiten das benachbarte Bürgerhaus als Mensa zu nutzen. I. Beigeordneter Brunen verwies darauf, dass dies mit zusätzlichen Kosten verbunden sei. Der Förderverein der Bürgerhalle sei auf Mieteinnahmen angewiesen, um die Bürgerhalle betreiben zu können. Die Nutzung der Bürgerhalle als Mensa könne auch nur ein Provisorium sein. Eine wirkliche Besserung der Situation könne nur durch die Umsetzung der Vorschläge des Schulentwicklungsplans eintreten.

**TOP 2 Vorstellung der designierten künftigen Schulleiterin der Kath. Grundschule
Immendorf
Vorlage: 2538/2022**

Die künftige Leiterin der Kath. Grundschule Immendorf, Frau Vera Kohns, stellte sich dem Ausschuss vor.

**TOP 3 Bericht über das Aufnahmeverfahren der weiterführenden städtischen Schulen nach Abschluss des Anmeldeverfahren
Vorlage: 2539/2022**

Unter Bezugnahme auf die Ausschusssitzung vom 03.03.2022 teilte Frau Wallbaum mit, dass zum damaligen Zeitpunkt das Aufnahmeverfahren an der Anita-Lichtenstein-Gesamtschule noch nicht abgeschlossen war. Die neuen Anmeldezahlen würden daher nachrichtlich mitgeteilt.

Ausschussvorsitzender Benden stellte fest, die Aufnahmezahlen an der Realschule hätte sich gut entwickelt.

Frau Thelen bemerkte, an der Gesamtschule wären in 2020/2021 116 Schüler*innen aufgenommen worden und im Schuljahr 2021/2022 117. Im Aufnahmejahr 2022/2022 sei die Zahl auf 108 gesunken. I. Beigeordneter Brunen führe hierzu aus, es befänden sich vermehrt Schüler*Innen in der Inklusion. Zur Aufnahme hätten sich 147 Schüler*Innen gemeldet. Ein Großteil der Schüler*Innen, die nicht aufgenommen werden konnten, gingen zur Realschule.

Frau Brandt erkundigte sich, ob auch Flüchtlingskinder Aufnahme an der Gesamtschule fänden. Herr Brunen teilte hierzu mit, dass hierfür sog. Willkommensklassen außerhalb des üblichen Anmeldeverfahrens gebildet würden.

Auf die entsprechenden Anfragen von Frau Thelen und von Frau Jung-Deckers antwortete I. Beigeordneter Brunen wie folgt:

Für die Flüchtlingskinder bestünde Schulpflicht. Alle weiterführenden Schulen nähmen Schüler auf, so auch Realschule und ALG. Gymnasium und Gesamtschule hätten jeweils 40 Plätze eingerichtet. An der GGS Geilenkirchen sei auch eine Willkommensklasse eingerichtet worden.

Herr Benden bat, der nächsten Niederschrift die aktuellen Zahlen beizufügen.

**TOP 4 Vorbereitung der Umsetzung des Schulentwicklungsplans
Vorlage: 2540/2022**

I. Beigeordneter Brunen stellte den Schulentwicklungsplan und insbesondere den daraus resultierenden Handlungsbedarf vor. Die Verwaltung beabsichtige regelmäßig über die Umsetzung zu berichten. Es werde auch vor Ort mit der jeweiligen Schulleitung abgestimmt, was am dringlichsten zu tun sei. Der Schulentwicklungsplan weise für vier städtische Schulen einen dringlichen Raumbedarf aus, wovon der an der KGS Würm der größte sei. An der GGS Gillrath werde ein zusätzlicher Raum bereits im Zuge des Baus der Turnhalle mit gebaut. Eine weitere Option, die auch von der Schulleitung favorisiert werde, sei auch schon in die Überlegungen einbezogen worden. Auch an den innerstädtischen Grundschulen ergebe sich ein zusätzlicher Raumbedarf. Hier werde vorgeschlagen, die Zügigkeit zu begrenzen. Trotzdem benötige auch die KGS auf Dauer zusätzliche Räume. Auch an der KGS Teveren zeichne sich ein zusätzlicher Raumbedarf ab, wenn die Zügigkeit der Schule erhöht werden müsse, weil mehr als 30 Schulaufnahmen erfolgen würden. Die Zügigkeit richte sich in der Vergangenheit nach den prognostizierten Schülerzahlen. Nunmehr sei die kommunale Klassenrichtzahl maßgebend. Der Raumbedarf werde mit der Schulleitung detailliert abgestimmt. Die

Verwaltung gehe diese Aufgaben zügig an. Die Planungen mit dem Stadtbetrieb liefen bereits. Die Verwaltung werde in jeder Sitzung über den Fortgang berichten.

Auf die entsprechende Anfrage Herrn Bani-Shorakas bestätigte Herr Brunen, ein Zeitrahmen von vier Jahren für die Umsetzung der Vorschläge aus dem Schulentwicklungsplan sei realistisch.

Auf die entsprechende Anfrage von Frau Savelsberg erläuterte Herr Brunen die verschiedenen Möglichkeiten, einen zusätzlichen Raum in der GGS Gillrath zu schaffen.

Frau Thelen bemerkte, dass in den letzten 10 Jahren die Klassenbildungen letztendlich nicht mit der kommunalen Klassenrichtzahl übereinstimmten. Sie empfand es als unzumutbar, wenn Schüler*Innen aus Teveren nicht vor Ort eingeschult werden könnten, sondern auf Schulen in umliegenden Orten ausweichen müssten. Dadurch würden sie aus ihrem dörflichen und damit sozialen Umfeld reißen. Sie frage sich, wie man die betroffenen Schüler*Innen ermitteln würde, etwa durch Auslösen?

Ausschussvorsitzender Benden befand, man sei in Geilenkirchen auf einem guten Weg. Die Verwaltung führe Gespräche mit den Schulen. Anschließend werde der Haushalt aufgestellt und die notwendigen Planungen würden erstellt. Erst danach könnten die Auftragsvergaben erfolgen. Das Verfahren würde mindestens zwei Jahre in Anspruch nehmen. Dies sei noch ein langer Zeitraum, die die betroffenen Schulen im Provisorium verbringen müssten und widerspräche dem Bildungsauftrag der Stadt. Er richtete die Bitte an die Verwaltung zu prüfen, was man bereits kurzfristig unternehmen könne um die Situation zu verbessern z. B. die benachbarte Bürgerhalle als Mensa der KGS Würm zu nutzen. Herr Bani-Shoraka unterstützte den Vorschlag. Die Kinder hätten dann die Möglichkeit gemeinsam eine Mahlzeit einzunehmen und nicht hintereinander. Unter Hinweis auf die aktuelle Haushaltslage erinnerte Herr Brunen an die damit verbundenen Kosten. Die aufgezeigte Lösung sei nicht wirtschaftlich, da für ihre Umsetzung zusätzliches Personal notwendig sein werde und Mieten gezahlt werden müssten. Der I. Beigeordnete appellierte zunächst darüber nachzudenken, wo die Prioritäten liegen würden. Diese müssten zu allererst abgearbeitet werden.

Auf die entsprechende Frage von Frau Brandt bestätigte Herr Brunen, dass er in Kürze mit der Auflegung eines Förderprogramms rechne. Mit den zu erwartenden Fördermitteln ließe sich der Raumbedarf an den Schulen größtenteils realisieren, analog den Maßnahmen zur Einrichtung neuer Kita-Plätze.

Ausschussvorsitzender Benden befand, zunächst müsse geprüft werden, wie hoch die Kosten tatsächlich seien, die durch eine Schulspeisung in der Bürgerhalle entstehen würden und ob der Förderverein tatsächlich eine Miete für die Zurverfügungstellung der Bürgerhalle fordern würde. Er bat die Verwaltung, die Kosten zu ermitteln und sie dem Ausschuss mitzuteilen.

Herr Kleinen wies darauf hin, dass für eine derartige Beauftragung der Verwaltung es eines Beschlusses durch den Ausschuss bedürfe.

Dem stimmte Herr Conrads zu. Die Realisierung des Vorschlags des Herrn Benden ziehe einen erheblichen organisatorischen Aufwand nach sich. Bei einer Schulspeisung in der Bürgerhalle sei eine weitere Aufsichtsperson erforderlich. Es bedürfe einer zusätzlichen Lagerhaltung in der Bürgerhalle und es müsste dort eine regelmäßige Reinigung durchgeführt werden.

Herr Bani-Shoraka sprach sich dafür aus, die Verwaltung möge die Machbarkeit des Vorschlags prüfen. Es gehe darum, möglichst schnell Abhilfe in der für die KGS prekären Situation zu erreichen. Bei einer Verlegung der Schulspeisung, erhalte die Schule kurzfristig einen

zusätzlichen Raum im Keller. Jeder Cent, den man in Kinder investiere, sei gut angelegt. Er bezweifelte, dass zusätzliches Personal für eine Ausgabe der Mittagsmahlzeit in der Bürgerhalle notwendig sei, da die Aufgabe auch jetzt ausgeübt werde und bat die Verwaltung zu prüfen, ob eine Zusammenarbeit mit dem Förderverein dahingehend möglich sei, dass eine Schulspeisung in der Bürgerhalle durchgeführt werden könne sowie weiterhin nach machbaren Provisorien Ausschau zu halten.

Herr Conrads ging davon aus, dass die Verwaltung dies ständig prüfe.

Bürgermeisterin Ritzerfeld bestätigte, das impliziere das. Sie sprach sich dafür aus, die Verwaltung selbstständig prüfen zu lassen. Ein Beschluss sei schwierig zu formulieren. Die Verwaltung werde Kontakt mit Frau Candeago und dem Förderverein aufnehmen und nach machbaren Lösungen suchen.

Herr Benden rief zur Abstimmung auf. Nach der Beschlussfassung monierte I. Beigeordneter Brunen, eine solche Beschlussfassung sei nicht nötig. Die Verwaltung prüfe ständig, ob bei räumlichen Problemen in den Schulen Abhilfe geschaffen werden könne. Dies entspreche normalem Verwaltungshandeln. Es sei nicht notwendig, dass die Politik der Verwaltung jeden ihrer Schritte vorschreiben.

Frau Brandt erinnerte daran, dass über den Beschlussvorschlag der Verwaltung noch abzustimmen sei.

Beschluss:

- a) Der Ausschuss beschloss mehrheitlich, die Verwaltung möge Kontakt mit dem Förderverein der Bürgerhalle aufnehmen und prüfen, ob künftig die Schulspeisung der Schüler*Innen der KGS Würm in der Bürgerhalle Würm durchgeführt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	8
Nein:	7
Enthaltung:	2

- b) Der Ausschuss beschloss einstimmig, die Verwaltung zu beauftragen, auf Grundlage des Schulentwicklungsplans die notwendigen Maßnahmen einzuleiten und dem Ausschuss regelmäßig über den Fortgang zu berichten.

TOP 5 Durchführung eines kommunalpolitischen Praktikums Vorlage: 2534/2022

Frau Thelen erläuterte den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Kommunalpolitische Praktika würden bereits in anderen Kommunen regelmäßig durchgeführt. Es gehe darum eine Plattform zu schaffen für Jugendliche aus der Stadt. Diese seien oftmals weit weg von der Kommunalpolitik. Die Weckung ihres politischen Interesses bedürfe daher der Förderung. Die örtlichen Schulen hätten bereits signalisiert, dass sie die Durchführung eines solchen Projektes interessant finden würden. Die Stadt Viersen hätte hierzu ein Konzept erarbeitet, das bereits von vielen Kommunen übernommen wurde. Für eine erfolgreiche Umsetzung des Projekts

bedürfe es der Zusammenarbeit zwischen Kommunalpolitik, Verwaltung und Schulen. Die Stadt Viersen habe hierfür einen Betrag in Höhe von 2.000,00 € eingeplant. Sie habe ein Planspiel erarbeitet, das direkt übernommen werden könnte. Evtl. wäre es auch möglich, dass die Schulen das kommunalpolitische Praktikum auch als Schülerpraktikum anerkennen würden.

Herr Conrads meinte, die Förderung politischer Bildung könne man nur begrüßen, insbesondere, wenn Jugendliche die Nutznießer wären. Allerdings ginge es bei den Schülerpraktika nicht um politische Bildung, sondern darum, einen Eindruck von der Arbeitswelt zu erfahren. Letzteres leiste die Verwaltung bereits. Politische Weiterbildung könne jedoch nicht Aufgabe der Verwaltung sein, ungeachtet der Belastung, die der Verwaltung durch diese Politpraktika aufgebürdet würde, da diese mit einem erheblichen Arbeitsaufwand verbunden seien.

Auf die entsprechende Anfrage von Frau Savelsberg stellte Frau Thelen klar, es handele sich nicht um ein Schüler- bzw. Berufspraktikum. Es solle kein Einblick in die Verwaltungsarbeit gewonnen werden, sondern in die Arbeit der Politik. Schüler würden sich eine Partei aussuchen und dann erfahren, wie diese im Inneren funktioniere.

Frau Brandt teilte mit, sie würde gerne dem Antrag zustimmen, allerdings fehle ihr daran „etwas Fleisch“, z. B. Angaben darüber, wie die einzelnen Fachebenen miteinander arbeiten oder wie der Kontakt zu den Schulen hergestellt werden sollte. Es sei allerdings notwendig, dass sich die Politik verjünge. Leider interessiere die Politik die Jugendlichen i. d. R. nicht mehr.

Bürgermeisterin Ritterfeld stellte die Frage in den Raum, was von der Verwaltung erwartet werde. Solle sie das Konzept für die Durchführung des kommunalpolitischen Praktikums erstellen oder doch lieber die Vorschläge aus dem Schulentwicklungsplan umsetzen? Die Durchführung eines kommunalpolitischen Konzepts sei eine schöne Idee. Sie selbst lade gerne Schulklassen in das Rathaus ein, um den Schüler*Innen die Arbeit der Bürgermeisterin, der Verwaltung, aber auch das politische Geschehen in der Stadt näherzubringen. Es fehle der Verwaltung aber an Manpower, um alles gleichzeitig umzusetzen.

Ausschussvorsitzender Benden hielt den Aufwand für die Erstellung eines Konzepts für überschaubar.

Herr Kleinen stimmte den Ausführungen der Bürgermeisterin zu. Parteien hätten nichts in Schulen verloren. Fraktionen könnten gerne in Schulen gehen und ihre Arbeit vorstellen. Politische Bildung und Politikunterricht gehörten in die Schule. Jugendlichen sei die Arbeit von Rat und Verwaltung i. d. R. nicht bekannt. Allerdings seien Kommunalpolitiker keine ausgebildeten Pädagogen. Er könne daher dem Antrag nicht zustimmen.

Herr Grundmann regte an, bezüglich des Aufwands das Gespräch mit der Stadt Übach-Palenberg zu suchen, um zu ermitteln, wie groß die Belastungen für die Verwaltung und für die Fraktionen tatsächlich sein werde. In Übach-Palenberg habe man auch bereits ein Konzept für die Umsetzung eines kommunalpolitischen Praktikums erfolgreich umgesetzt. Dr. Leon stimmte dem Vorschlag zu.

Herr Bani-Shoraka wies darauf hin, dass das kommunalpolitische Praktikum ein Angebot an junge Menschen sein solle, um sie für die Politik zu begeistern.

Auf Nachfrage von Herrn Benden bestätigte Herr Stasch, dass Politik in den Klassen 9 und 10 unterrichtet würde. Er finde die Idee des kommunalpolitischen Praktikums lohnend für die Förderung der politischen Willensbildung.

Frau Frohn sah keine Notwendigkeit für die Einführung des Praktikums. Im Politikunterricht hätten Parteien nichts zu suchen. Politische Bildung sei eine Aufgabe der Schulen, aber keineswegs der Verwaltung, die personell ohnedies am Limit sei.

Frau Gerads fand den Vorschlag zur Einführung des Praktikums gelungen.

Frau Jung-Deckers stellte einen Antrag zur Geschäftsordnung und beantragte das Ende der Diskussion. Ausschussvorsitzender Benden erläuterte auf der Rednerliste stünden noch Herr Conrads, Frau Savelsberg und Frau Thelen und stellte den Antrag zur Geschäftsordnung zur Abstimmung. Der Antrag wurde durch den Ausschuss einstimmig angenommen.

Herr Conrads fragte an, ob durch den Antrag an die Verwaltung ein Auftrag erteilt werden solle oder an die Fraktionen. Für Letzteres fehle es dem Ausschuss an der notwendigen Kompetenz.

Frau Savelsberg bemerkte, die Verwaltung habe mehrfach betont, ihre Kapazitätsgrenze erreicht zu haben. Unter diesem Gesichtspunkt mache es keinen Sinn mit Übach-Palenberg oder Viersen Kontakt aufzunehmen.

Dies sah Frau Thelen anders. Es gehe nicht um ein Verwaltungspraktikum. Die Schulen wären von dem Vorschlag begeistert und würden ihn gerne umsetzen.

Ausschussvorsitzender Benden rief zur Abstimmung auf.

Beschluss:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Ausschuss für Bildung, Soziales, Sport und Kultur möge sich für die Durchführung eines kommunalpolitischen Praktikums aussprechen, wurde mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	8
Nein:	9
Enthaltung:	0

TOP 6 Politische Partizipation und demokratische Mitbestimmung für Kinder und Jugendliche - Erstellung eines Konzeptes zur Einführung eines Kinder- und Jugendparlamentes in Geilenkirchen als wichtige Bildungsaufgabe Vorlage: 2533/2022

Herr Bani Shoraka führte aus, Erwachsene würden Entscheidungen für die kommende Generation treffen, die auch deren Zukunft bestimmten. Die Interessen der jungen Generation würden nicht oder nur selten berücksichtigt. Um dies zu ändern, müsse der Jugend ein eigenes politisches Gewicht gegeben werden. Durch die Einrichtung eines Kinder- und Jugendparlamentes könne der jungen Generation ein echtes Mitspracherecht eingeräumt werden. Die Arbeit der Jungen in einem solchen Gremium könnte sich als Multiplikator für die

politische Bildung in den Schulen erweisen. Darüber hinaus würde die Einrichtung eines Kinder- und Jugendparlaments ein positives Licht auf die Stadt werfen.

Herr Conrads wies darauf hin, dass Kinder und Jugendliche bisher bereits bei für sie relevanten Angelegenheiten in die Entscheidungsfindung eingebunden wurden. So habe man bezüglich der Einrichtung der Skater- und der Dirt Bike Bahn die Jugendlichen per Umfrage nach ihrer Meinung befragt. Im Übrigen habe jeder Bürger der Stadt die Möglichkeit sich mit Anregungen und Bedenken an eine Fraktion oder den Rat direkt zu wenden. Außer den Jugendlichen gebe es noch zwei Altersgruppen denen Gehör verschafft werden müssten, nämlich die Senioren und die Behinderten. Diesen wurde kein Parlament eingerichtet, sondern Beauftragte verträten ihre Interessen gegenüber Rat und Verwaltung. Evtl. könne man noch einen Jugendbeauftragten zusätzlich wählen. Ein Nebenparlament in Form eines Jugendparlaments sei gesetzlich nicht vorgesehen. Warum werde nicht die Bildung eines Frauen- oder Altersparlaments vorgeschlagen? Im Übrigen könne man bereits im Alter von 16 Jahren an der Kommunalwahl teilnehmen.

Frau Savelsberg erkundigte sich, wer das Jugendparlament wählen dürfe, wie die Wahl stattfinden solle und woher man wisse, dass die Jugendlichen überhaupt ein eigenes Parlament wollten. Herr Bani-Shokara antwortete, die Wahl solle in den Schulen erfolgen. Frau Thelen erläuterte unter Bezugnahme der entsprechenden Richtlinien des Ministeriums die Möglichkeiten zur Bildung eines Jugendparlaments.

Herr Kleinen wies darauf hin, dass ein einzelnes Mitglied des Rates kein Antragsrecht habe. Ein solches solle jedoch dem Jugendparlament eingeräumt werden. Zu beachten sei auch, dass der Aufwand für die Verwaltung schon für den Betrieb eines Kinder- und Jugendparlaments immens sei: Es müsse eine Geschäftsordnung erstellt, zu Sitzungen eingeladen, Niederschriften erstellt werden, usw. Wenn es sich um eine Bildungsaufgabe handele, gehöre diese in die Schulen.

Dr. Leon sah die Einrichtung eines Kinder- und Jugendparlaments grundsätzlich als eine wichtige, zusätzliche Möglichkeit, um den Bildungsauftrag zu erfüllen, sofern sie didaktisch begleitet würde. Allerdings stelle sich die Frage, wie die Abgrenzung zum Stadtjugendring erfolgen und welche Altersklassen im Jugendparlament vertreten sein sollten. Kinder hätten sicher andere Interessen als Jugendliche. Er halte es für angemessen, zunächst über diese Fragen nachzudenken und den Antrag zu überarbeiten. Die Verwaltung mit der Erarbeitung eines Konzeptes zu beauftragen, sei nicht zielführend, wenn nicht zuvor wichtige Fragen geklärt wurden. Auch sei nicht geklärt, welchen Stellenanteil die Verwaltung benötige, um ein solches Konzept zu erarbeiten.

Frau Jung-Deckers befand die Idee, ein Kinder- und Jugendparlament zu bilden, grundsätzlich gut. Allerdings bedürfe der Antrag noch der Überarbeitung. Sinnvoll wäre es, wenn die Verwaltung vorab mit anderen Kommunen in Kontakt treten würde, um zu erfahren, wie groß der erforderliche Aufwand wäre.

Herr Benden wandte ein, es mache keinen Sinn, einen Antrag zu detailliert abzufassen, da regelmäßig die Entscheidungsträger sich etwas Anderes vorstellen würden.

Frau Jung-Deckers regte an, künftig in Anträgen statt eines Beschlussvorschlags, der eine Beauftragung der Verwaltung vorsehe, gleich ein Konzept zur Umsetzung vorzuschlagen.

Herr Pütz brachte seine Erwartung zum Ausdruck, dass in einem Kinder- und Jugendparlament auch behinderte Kinder und Jugendliche vertreten sein würden.

Frau Lungovà führte aus, in der Vergangenheit seien Kinder und Jugendliche von ihren Eltern mit der Politik vertraut gemacht worden. Inzwischen sei es leider erforderlich geworden, Formate zu schaffen, in denen Kinder und Jugendliche lernen könnten, zu diskutieren und sich zu informieren. Sie unterstütze daher den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen.

Frau Gerads begrüßte die Einführung eines Kinder- und Jugendparlaments.

Herr Bani-Shoraka führte aus, wenn die Verwaltung ein Konzept erstelle, brauche sie das Rad nicht neu zu erfinden, da andere Kommunen bereits erfolgreich ein Kinder- und Jugendparlament gebildet hätten. Es lägen also Erfahrungswerte vor. Evtl. könne man den Stadtjugendring einbinden und/oder die örtlichen Schulen. Eine Verjüngung in Politik und auch in den Parteien sei wichtig.

Frau Brandt sah keinen Sinn in der Erstellung eines Konzepts, wenn seitens der Kinder und Jugendlichen in der Stadt kein Bedarf für ein Kinder- und Jugendparlament gegeben sei. In Jülich sei ein Jugendparlament gebildet worden, weil die Jugendlichen ihrem Wunsch danach Ausdruck verliehen hatten. Dies wäre auch für Geilenkirchen wünschens- und empfehlenswert. Wenn junge Menschen keine Möglichkeit hätten, zumindest ihren Ideen und Wünschen Ausdruck zu verleihen, laufe man Gefahr, sie an Bauernfänger zu verlieren.

Herr Lehnen regte an, zunächst einmal den Stadtjugendring zu beleben und evtl. stärker in die politische Willensbildung einzubeziehen, ehe man unter großem Aufwand etwas Neues schaffe.

Frau Thelen saht den Stadtjugendring nicht als Ersatz für ein Kinder- und Jugendparlament. Es gehe darum, dem Nachwuchs Möglichkeiten zur eigenen politischen Gestaltung zu geben. Sie bot an, eine Satzung für das künftige Kinder- und Jugendparlament auszuarbeiten.

Herr Benden vertrat die Auffassung, die Einrichtung der Kinder- und Jugendparlamente stehe und falle mit aktiven Lehrern in den Schulen. Auf seine entsprechende Anfrage bestätigte Herr Stasch, es wäre begrüßenswert, wenn man für Kinder und Jugendliche Politik erlebbar machen könnte und ein entsprechendes Angebot in der Stadt vorhanden wäre.

Auf die entsprechende Frage von Frau Savelsberg antwortete Herr Benden, dass die Altersgrenze für künftige Mitglieder des Jugendparlaments in der Satzung festgelegt werden sollte.

Herr Grundmann befand man müsse Jugendliche abholen. Sonst würde sich nichts entwickeln.

Auf die entsprechende Anfrage von Frau Gerads bestätigte Herr Benden, man wolle die Schulen mit einbinden.

Beschluss:

Der Ausschuss sprach sich mehrheitlich dafür aus, die Verwaltung zu beauftragen, ein Konzept zur Einführung eines Kinder- und Jugendparlaments in Geilenkirchen zu erarbeiten. Ein Konzeptvorschlag wird dem Fachausschuss zur nächsten Sitzung am 18.08.2022 vorgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	8
-----	---

Nein:	7
Enthaltung:	2

TOP 7 **Anfragen**

- a) Herr Kleinen führte aus, es mache durchaus Sinn Besichtigungstermine vor Ort abzuhalten, um evtl. Missstände mit eigenen Augen zu sehen und ggf. die Notwendigkeit eines Handelns zu verstehen. Wenn man am gleichen Ort aber die Sitzung fortsetze, erfordere dies einen erheblichen logistischen Aufwand. Es sei fraglich, ob die so entstehenden Kosten den Nutzen rechtfertigen würden. Eine Alternative könnte darin bestehen, dass die Vor-Ort-Termine, die wichtig seien, in einer kleineren personellen Besetzung vorgenommen würden und die eigentliche Sitzung, wie gewohnt, am dafür vorgesehen Sitzungsort. Er richtete an den Ausschussvorsitzenden die Frage, ob er gewillt sei, von der aufwendigen Sitzungsvariante künftig Abstand zu nehmen.

Herr Benden erklärte, dass er beabsichtige, diese Form beizubehalten und die Besichtigung als Tagesordnungspunkt im Rahmen der Sitzung beizubehalten. Dies habe den Vorteil, dass alle Ausschussmitglieder an der Besichtigung teilnehmen würden und sich ein eigenes Bild vom Zustand der Schulgebäude zu machen. Seiner Meinung nach könne der organisatorische Aufwand durchaus verringert werden.

Im Anschluss hieran entwickelte sich noch eine lebhafte Diskussion, während der die unterschiedlichen Auffassungen hierzu ausgetauscht wurden.

- b) Auf die entsprechende Anfrage von Frau Thelen bestätigte I. Beigeordneter Brunen, die Stadt habe derzeit keine Engpässe bei der Unterbringung von Flüchtlingen. Die Frage von Herrn Grundmann, ob es richtig sei, dass syrische und afghanische Flüchtlinge ausquartiert werden sollten, verneinte Herr Brunen.

II. Nichtöffentlicher Teil

TOP 8 Anfragen

Hierzu erfolgten keine Wortmeldungen.

Ausschussvorsitzender Benden schloss um 20:04 Uhr die Sitzung und dankte für die rege Sitzungsteilnahme.

Vorsitzender:

Schriftführerin:

gez. Hans-Jürgen Benden

gez. Irmtrud Penners